

■ In Gesprächen mit Jens Böhrnsen, Helga Trüpel und dem DGB erläuterten kolumbianische Gewerkschafter bei ihrem Besuch am 11. Juni ihre Ablehnung des geplanten Freihandelsabkommens der EU mit ihrem Land. Bevor in Kolumbien der Respekt vor dem Leben nicht geachtet würde, dürfe es diese Form einer internationalen Belohnung, wie es das Freihandelsabkommen darstellt, nicht geben, betonten die Gewerkschaftssekretäre Tarsicio Mora,

Kolumbianische Gewerkschafter in Bremen

Europäisches Nein zum Freihandelsabkommen gefordert

■ Eine engagierte Diskussion über die schulische Inklusion in Bremen führten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Veranstaltung der Reihe »Die GEW diskutiert« am Dienstag, dem 22. Mai 2012 in der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Die GEW diskutiert: Inklusion

Inklusion als effizienter Umgang mit Humanressourcen: diese Begründung für Inklusion fand Andreas Sturm in vielen internationalen Papieren und in vielen internationalen Papieren und völkerrechtlichen Verträgen, die dem Gedanken der Inklusion zum Durchbruch verhalfen. Der Soziologe von der Uni Hannover war in seiner Masterarbeit der Frage nachgegangen, warum nach Jahrzehnten des Stillstands und der Widerstände etwa gegen verstärkte Integration die Forderung nach Inklusion so schnell eine unwidersprochene Handlungsmaxime werden konnte.



Veranstaltung im DGB-Haus

Miguel Morantes sowie der stellvertretende Direktor der Nationalen Gewerkschaftsschule Guillermo Montoya. Allein in diesem Jahr seien in Kolumbien bereits acht Gewerkschafter ermordet worden, fast 3000 seien es in den letzten 30 Jahren gewesen. Staatliche Unterdrückung sowie die Existenz paramilitärischer Gruppen führten zu Einschüchterung und Angst vor Widerstand und gewerkschaftlicher Organisierung. 40% der Bevölkerung lebten in Armut, 10% in absolutem Elend, obwohl das Land reich an Rohstoffen sei.

Die bereits ratifizierten Abkommen mit Kanada und den USA hätten die Situation der arbeitenden Menschen in Kolumbien nicht verbessert, sondern eher noch zugespitzt – obwohl Präsident Obama die Einhaltung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten angemahnt hätte. Der DGB Bremen mit seinen Einzelgewerkschaften solidarisierte sich mit den Forderungen der kolumbianischen Kollegen und regte an, am Internationalen Tag der menschenwürdigen Arbeit am 7. Oktober die Situation in Kolumbien in den Mittelpunkt zu rücken.



Prof. Lisa Pfahl, Andreas Staets, Andreas Sturm (v.L.)

Prof. Dr. Lisa Pfahl von der Forschungsstelle Inklusion der Universität Bremen betonte den Paradigmenwechsel den das in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegte Menschenrecht auf Inklusion bedeutet. Werde dieses Menschenrecht konsequent umgesetzt, wofür es noch vieler Klagen Betroffener bedürfe, bedeute dies eine echte Verbesserung für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf. Die über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten im Anschluss an die Referate über die

Bedeutung neoliberaler Argumente und Leitbilder, über die Umsetzung der Inklusion, über die vorhandenen und die benötigten Ressourcen sowie über den Titel der Veranstaltung. Dass am Ende alle erstaunt waren, dass die Zeit der Veranstaltung schon vergangen war, zeigt, dass das Konzept des GEW-Stadtverbandes Bremen, kontroverse Themen vermehrt mit den Mitgliedern zu diskutieren, durchaus aufgehen kann. Die nächste Veranstaltung der Reihe »die GEW diskutiert« ist für Oktober geplant.

Andreas Staets